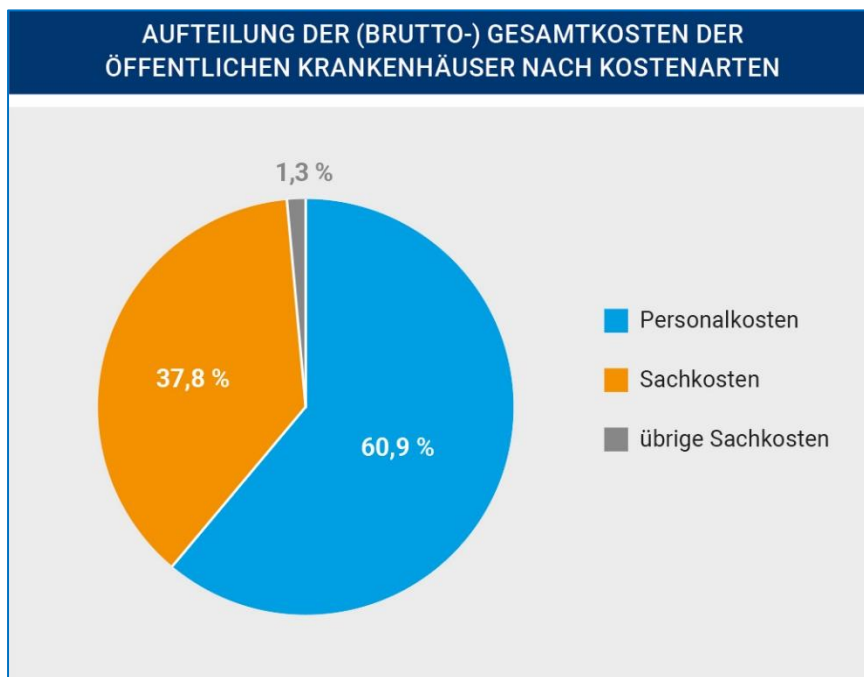


Tarifrunde 2021 für Ärztinnen & Ärzte: Die wirtschaftliche Situation der kommunalen Krankenhäuser

Die Corona-Pandemie hat enorme Auswirkungen auf die kommunalen Krankenhäuser: Diese haben Kapazitäten für Corona-Patienten vorgehalten und planbare Operationen abgesagt. Die Folge trotz Ausgleichszahlungen: massive Einnahmeverluste. Diese Krisensituation traf die Krankenhäuser zusätzlich zu einer ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation.

Zunehmende Kostenbelastung

Die Krankenhäuser prägt vor allem das Auseinanderdriften von Erlös- und Kostenentwicklung. Stetig steigende Kosten bei Personal, Material und Investitionen, aber stagnierende bzw. sinkende Einnahmen – trotz steigender Vergütung – haben dazu geführt, dass jedes zweite Krankenhaus in Deutschland defizitär arbeitet.



Die Krankenhäuser können die Preise ihrer Leistungen nicht selbst entsprechend der tatsächlichen Kostenentwicklung anpassen. Der Gesetzgeber setzt mit der Grundlohnrate eine Obergrenze der Preissteigerungen fest. Darüberhinausgehende Mehrkosten müssten die Krankenhäuser

durch Einsparungen an anderer Stelle ausgleichen. Dies ist bei der finanziellen Situation der Krankenhäuser jedoch kaum mehr möglich.

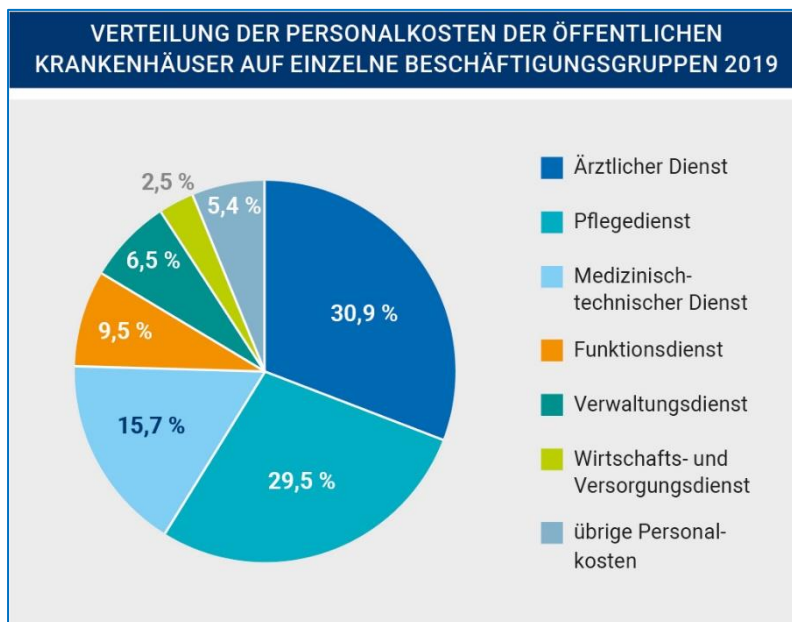
Einnahmeverluste durch Corona-Pandemie

Das durchschnittliche Jahresergebnis der Krankenhäuser sank im Jahr 2016 von 2,2 % auf 1,2 % im Jahr 2018 und betrug im Jahr 2019 lediglich 0,3 % des Umsatzes. Dieser Trend wurde durch die Corona-Pandemie noch verstärkt. Die kommunalen Krankenhäuser hatten alle verfügbaren Kapazitäten für Corona-Patienten vorgehalten. Dies hatte massive Einnahmeverluste zur Folge. Im Verlauf der Pandemie zeigte sich, dass die Ausgleichszahlungen des Bundes insbesondere für große Krankenhäuser mit hohen Vorhaltekosten nicht ausreichten. So wurden 2020 strukturelle Finanzierungsprobleme durch die Stützungsprogramme der Bundesregierung im Umfang von bis zu 10 Milliarden Euro überdeckt, aber nicht gelöst. Und auch

im zweiten behördlich angeordneten Lockdown im Winter 2020/2021 wurden wieder tausende Operationen abgesagt.

Sinkende Fallzahlen

Des Weiteren geht die Zahl der stationär behandelten Patienten zurück. Nach jüngsten Angaben der Krankenkasse AOK basierend auf den Abrechnungsdaten der knapp 27 Millionen AOK-Versicherten gingen die Fallzahlen in den deutschen Krankenhäusern – psychiatrische Kliniken ausgenommen – zwischen März und Mai 2020 um 27 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück.



Auch haben die kommunalen Krankenhäuser mit Überkapazitäten bei der durchschnittlichen Bettenbelegung zu kämpfen, die ohne Bezug zu Corona 77 % beträgt. Bis 2017 konnten die Krankenhäuser die steigenden Kosten (vornehmlich Personalkosten) durch eine steigende Zahl von Behandlungsfällen zwar nahezu kompensieren. Für die kommenden Jahre werden aber stagnierende Fallzahlen

erwartet, weil sich der Trend zu immer mehr ambulanten Behandlungen fortsetzt. Diese werden wiederum deutlich schlechter vergütet als stationäre Fälle. Die Kombination aus strukturellen Problemen und der Corona-Krise stellen die Krankenhäuser vor massive Probleme.

Fazit der VKA:

Die vom Marburger Bund geforderten Entgeltsteigerung von 5,5 % sprengen jeglichen Rahmen und sind mit einem Volumen von 320 Millionen Euro für die kommunalen Krankenhäuser nicht finanzierbar. Auch die höhere Bereithaltepauschale, die der Marburger Bund anstrebt, schlägt in Abhängigkeit von der Verteilung der Dienste auf die Wochentage mit weiteren bis zu 93 Millionen Euro zu Buche. Hinzu kämen die Kosten für die von der Gewerkschaft geforderte Erhöhung der Bewertung des Bereitschaftsdienstes und des Zuschlags für das Rufbereitschaftsentgelt auf jeweils 25 %; allein diese Forderung führt zu einer Kostensteigerung um rund 8 Millionen Euro.

Die Summe aus Entgeltforderung, Bereithaltepauschale und Zuschlag für kurzfristige Bereitschaftsdienste entspricht einer Entgelterhöhung für die Ärztinnen und Ärzte von rund 7,3 % pro Jahr. Derartige Tarifsteigerungen können die kommunalen Krankenhäuser jedoch nicht verkraften.